

DER MALER

ZEITSCHRIFT DES VERBANDES DER MALER, LACKIERER, ANSTREICHER
TÜNCHER U. WEISSBINDER DEUTSCHLANDS

HAMBURG 4. MÄRZ 1933

ERSCHEINT SONNABENDS · BEZUGSPREIS VIERTELJ. 3 RM., UNTER-KREUZBAND 4 RM.

POSTSCHECKKONTO: HAMBURG 115 98, VERMÖGENSVERWALTUNG DES VERBANDES

SCHRIFTFLEITUNG: PETER MEHRENS · VERLAG: LOUIS RINGEL, HAMBURG 36, ALSTER-TERRASSE 10 · FERNRUF 44-2864 · REDAKTIONSSCHLUSS: SONNABENDS 14 UHR

Vom Wesen des Marxismus

Während sich in Deutschland und in allen andern Kulturländern Millionen Arbeiter anschicken, das Andenken des großen Sozialisten Karl Marx zu feiern, steht die Lehre des Meisters im Trommelfeuer der Angriffe ihrer Gegner. Die schwersten Beschuldigungen werden gegen den Marxismus ins Feld geführt, um ihn in Mißkredit zu bringen und die Unterdrückung seiner Anhänger zu rechtfertigen.

Angesichts der Tatsache, daß im Lager der Marxisten-Feinde über das Wesen und den Inhalt des Marxismus die verschiedensten Vorstellungen herrschen, daß sich in diesem Lager jeder entweder ein selbstgeschaffenes Bild vom Marxismus zurechtlegt, wie es gerade seine Eingebung will, oder aber weitverbreiteten Vorurteilen nachgeht, ist eine kritische Auseinandersetzung mit diesen Angriffen äußerst schwer. So wäre es auch eine müßige Aufgabe, gegen all die Mißverständnisse und Irrtümer anzukämpfen, die bei der Auslegung des Marxismus eine Rolle spielen. Deshalb sei hier nur auf die beiden Hauptbeschuldigungen, die gegen den Marxismus erhoben zu werden pflegen, kurz eingegangen.

Vor allem wird dem Marxismus der Vorwurf gemacht, er sei eine

materialistische Lehre,

die lediglich die Wirtschaft im Auge behalte, die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterschaft vertrete und dabei alle höheren Werte des menschlichen Daseins, die außerhalb der Sphäre der Wirtschaft liegen, vernachlässige. Als Beweis dafür wird die Lehre über die materialistische Geschichtsauffassung von Marx angeführt. Die andere Anklage gegen den Marxismus lautet, er widerspreche, indem er die Lehre von dem Klassenkampf verkündige, der Idee einer Volksgemeinschaft, er leiste der Spaltung eines einheitlichen Volkes Vorschub.

Nichts ist jedoch unrichtiger, als im Marxismus eine materialistische Lehre zu erblicken. Einwandfrei wurde von zahllosen Wissenschaftlern und Denkern, die mit der marxistischen Lehre vertraut sind, ihr hoher Idealismus anerkannt. Wie kann denn auch eine Lehre als materialistisch bezeichnet werden, die die wirtschaftliche Befreiung nur deshalb fordert, um der Menschheit die Freiheit zu geben, Freiheit von sozialer Unterdrückung und von wirtschaftlichen Nöten soll die Menschen erst befähigen, sich den höheren Werten des menschlichen Daseins, die außerhalb des Wirtschaftlichen liegen, zuzuwenden. Eine solche Lehre ist alles, nur nicht materialistisch.

Das Mißverständnis über den Charakter des Marxismus wird verschärft, ja häufig erst herbeigeführt durch irrtümliche Vorstellungen über das Wesen der sogenannten materialistischen Ge-

schichtsauffassung. Ihr wird vollkommen unbegründet in die Schuhe geschoben, sie kümmere sich allein um das Wirtschaftliche und vernachlässige alle andern Lebensäußerungen der menschlichen Gesellschaft. Dabei liegt die Sache umgekehrt. Marx' ganzes Streben war es, die Erscheinungen des gesellschaftlichen Lebens in allen ihren mannigfaltigen Lebensäußerungen in ihrer Gesamtheit zu erfassen. Er war beherrscht vom Streben nach Ganzheit — Totalität. Um aber das Ganze des gesellschaftlichen Daseins erfassen zu können, muß ein fester Punkt gesucht werden, von dem aus diese Ganzheit — soweit es überhaupt möglich ist — überblickt werden kann. Marx war nun der Meinung, daß die Gesamtheit des gesellschaftlichen Daseins, insbesondere in der Ära des Hochkapitalismus, am besten erfaßt werden kann, wenn man den Ausgangspunkt von den jeweiligen

Produktionsverhältnissen

und deren Änderungen nimmt, da ja von diesem Punkte aus der beste Einblick in die Gesamtstruktur der Gesellschaft möglich ist. Sind es doch in einem Zeitalter, wo das Wirtschaftliche, das Rechenhafte so stark vorherrscht wie im Kapitalismus — eine Tatsache, die Marx nicht schuf oder billigte, sondern einfach vorfand —, die Produktionsverhältnisse, die die verschiedenen Gebiete des gesellschaftlichen Lebens prägen und beeinflussen. So bediente er sich als Arbeitshypothese, d. h. als Forschungsmethode dieses Ausgangspunktes. Seitdem hatten die Marxisten Hunderte von Gelegenheiten, auf diesen Charakter der materialistischen Geschichtsauffassung als Forschungsmethode hinzuweisen, häufig auch gegenüber manchen Anhängern des Marxismus, den sogenannten Vulgar-Marxisten. Unzählige Male wurde bereits gezeigt, daß in dieser Geschichtsauffassung die Berücksichtigung aller außerwirtschaftlichen Erscheinungen ihrem besonderen Gewichte nach, auch soweit sie von den Produktionsverhältnissen nur lose oder mittelbar oder überhaupt nicht abhängig sind, durchaus möglich ist. Wie fruchtbar dieser Ausgangspunkt für die Aufhellung der gesellschaftlichen Zusammenhänge ist, dafür zeugt u. a. die Tatsache, daß auch die gesamte bürgerliche nationalökonomische Wissenschaft, mag sie gesinnungsmäßig noch so gegnerisch gegen den Marxismus eingestellt sein, in allen ihren Schöpfungen, die sich zum Ziel setzten, ein Gesamtbild der kapitalistischen Welt zu entwerfen, sich bewußt oder unbewußt sämtlich der Denkkategorien des Marxismus bedienen, absichtlich oder unbeabsichtigt die Forschungsmethode der materialistischen Geschichtsauffassung anwenden. Erst recht kann das von der bürgerlichen Soziologie festgestellt werden.

Das schwerste Unrecht tut man jedoch dem Marxismus, wenn man ihm eine Tendenz unterschiebt, er

verhindere die Gemeinschaftsbildung

und spalte durch seine Klassenlehre die einheitliche Volksgemeinschaft. Wenn der Marxismus das Vorhandensein von Klassenkämpfen feststellt, so stellt er damit eine Tatsache fest, ebenso wie wenn jemand irgendeine beliebige naturgegebene Tatsache feststellen würde, z. B. daß im Herbst die Blätter welken und im Frühjahr wieder grünen. Die Tatsache der Klassenkämpfe wurde nicht vom Marxismus, sondern von der kapitalistischen Produktionsweise mit ihren Klassengegensätzen geschaffen. Man kann die Klassenkämpfe nicht dadurch zum Verschwinden bringen, daß man sie einfach nicht zur Kenntnis nimmt, wie wenn ein Kind seine Augen zuschließt und dann denkt, es sei den Blicken der andern entzogen. Auch kann man sie nicht dadurch beseitigen, daß man bestimmte Klassen unterdrückt oder ihnen den Aufstieg unmöglich macht, da man das gerade bestehende Gleichgewicht der Klassenkräfte verewigen will. Es

ändert sich dann die Form der Beherrschung, nicht aber ihr Inhalt. Wie die Klassenkämpfe wirklich beseitigt, wie eine Volksgemeinschaft wirklich erreicht werden kann, dafür hat allein der Marxismus das Rezept gegeben. Verschwindet der Kapitalismus und verschwinden damit auch die Klassen mit ihren Klassengegensätzen, die sowohl in der privaten Herrschaft der Besitzer von Produktionsmitteln über die Arbeiter wie in den großen Einkommensunterschieden begründet sind, dann müssen auch die Klassenkämpfe verschwinden, denn erst entsteht die wirkliche Volksgemeinschaft. Das ist nun nicht nur das Ergebnis der marxistischen Lehre, sondern auch ihr bewußter Zielpunkt. Nichts versteht der vom Marxismus, der die große moralische Leidenschaft nicht kennt, die sein Unterton ist und die gerade die Abschaffung der Klassenkämpfe erstrebt. Die Anschuldigung, der Marxismus sei Gegner einer Volksgemeinschaft, muß vor einem wirklichen Kenner des Marxismus, seiner Ursprünge und seiner tiefsten Motive, zusammenbrechen, nurdaßer eine Volksgemeinschaft im wahrsten Sinne des Wortes will.

A. H.

Der Göring-Erlaß

Der Kommissar des Reichs für das preußische Ministerium des Innern, Reichsminister Göring, hat an alle Polizeibehörden am 17. Februar einen Runderlaß über die „Förderung der nationalen Bewegung“ gerichtet. Der Erlaß, der unsern Lesern aus der Tagespresse bekannt ist, offenbar unzweideutig den Kurs, der jetzt im preußischen Ministerium des Innern herrscht. Der Bundesvorstand des ADGB, hat ihn daher zum Anlaß genommen, um an den Reichspräsidenten v. Hindenburg das folgende Schreiben zu richten:

Sehr geehrter Herr Reichspräsident!

Der Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes lenkt Ihre ernste Aufmerksamkeit auf den Runderlaß an alle Polizeibehörden Preußens, den der von Ihrem Vertrauen in sein Amt berufene Kommissar des Reiches für das Preußische Ministerium des Innern, Reichsminister Göring, erlassen hat.

Dieser Erlaß schafft seiner ganzen Tendenz nach zweierlei Recht in Deutschland. Erstens ein Vorzugsrecht für die Verbände, die nach Meinung des Reichsministers Göring nationale Verbände sind, nämlich SA., SS. und Stahlhelm. Das gleiche Vorzugsrecht gilt für die nationalen Parteien; unter letzteren sind offenbar ausschließlich jene Parteien zu verstehen, auf die sich die jetzige Regierung stützt. Zweitens ein Ausnahmerecht gegen jene Organisationen, die Herr Reichsminister Göring als staatsfeindliche Organisationen zu bezeichnen für gut findet, ohne daß er sich im übrigen der Mühe unterzöge, näher darzulegen, was er darunter versteht. Der Hinweis, daß der Erlaß sich offenbar insbesondere „gegen kommunistische Terrorakte und Ueberfälle“

richten soll, kann um so weniger als eine Erläuterung gelten, als nur jene Bevölkerungsschichten, die der SA., der SS. und dem Stahlhelm nahestehen, als „nationale Bevölkerung“ anerkannt und des besonderen Schutzes der Polizei würdig befunden werden. Der Erlaß beschwört eine Rechtsunsicherheit von unabsehbaren Folgen herauf.

Wir erheben gegen diesen Erlaß, der weder mit dem Geist noch mit dem Buchstaben unserer Verfassung noch mit den Lebensformen eines Kulturvolkes zu vereinbaren ist, den schärfsten Protest. Wir legen Verwahrung ein gegen eine amtliche Anweisung, deren Sinn nicht anders gedeutet werden kann, als daß sie weite Schichten des Volkes zum Freiwild politischer Willkür macht.

Wir wenden uns an Sie als Präsidenten des Deutschen Reiches, der berufen und gewillt ist, die Verfassung zu schützen. An Sie wenden wir uns als die deutsche Organisation, die in ihren Reihen die größte Anzahl Frontkämpfer vereinigt. Diese Millionen, unter denen sich Anhänger der verschiedensten politischen Parteien befinden, haben nicht im Weltkrieg für Deutschland gekämpft und geblutet, um sich 15 Jahre später von verantwortlichen Reichsstellen sagen zu lassen, daß sie nicht zu den „staatsaufbauenden Kräften“, daß sie nicht zur „nationalen Bevölkerung“ gehören. Niemand in Deutschland ist so hoch gestellt, daß er es wagen dürfte, die Kämpfer des Weltkrieges — gleichgültig, welcher politischen Partei sie angehören — und ihre Organisationen

Am 5. und 12. März für Freiheit und Sozialismus gegen die Harzburger Reaktion. Alle Kollegen mit ihren stimmberechtigten Angehörigen wählen sozialdemokratisch, Liste 2

als Deutsche minderen Rechtes zu bezeichnen oder zu behandeln.

Wir bedauern, daß ein ehemaliger Frontoffizier, der es besser wissen müßte, den Geist der Frontkameradschaft gegenüber Hunderttausenden namenloser Kämpfer verleugnet, nur weil sie eine andere politische Ueberzeugung haben als er. Die gerechte Würdigung, die ein Frontoffizier wie Oberstleutnant Duësterberg für seine Kameraden aus allen politischen Lagern gefunden hat, beweist, daß echter Frontgeist mit nationaler Ueberheblichkeit nichts gemein hat.

Wir hoffen und erwarten von Ihnen, Herr Reichspräsident, daß Sie als der militärische Führer im Weltkriege dieser Entehrung von Millionen Frontkämpfern mit allen Mitteln entgegenzutreten werden. Die Entrechtung der Mehrheit des deutschen Volkes, die Gegner der jetzigen Regierung ist, bedeutet die tatsächliche Aufhebung der politischen Meinungsfreiheit wie der persönlichen Sicherheit in Deutschland, deren Schutz zu Ihren vornehmsten Aufgaben gehört. In aufrichtiger Hochschätzung

P. Graßmann.

Thomas Manns Bekenntnis

Der Sozialistische Kulturbund hatte für den 19. Februar zu einer Kundgebung in der Berliner Volksbühne aufgerufen. Sie war genehmigt und über 2500 Karten waren verkauft. Als die Besucher zum Bülowplatz kamen, war dieser von Polizisten mit Karabinern abgesperrt, weil ein SA-Sturm ein Plakatkonzert dort veranstalten wollte. Der Dichter Thomas Mann hatte der Kundgebung eine Botschaft gesandt, der wir folgende Sätze entnehmen:

Ich will das Bekenntnis erneuern, das ich schon vor zwei Jahren in einem kritischen und schwierigen Augenblick öffentlich abgelegt habe: das Bekenntnis zur sozialen Republik und zu der Ueberzeugung, daß der geistige Mensch bürgerlicher Herkunft heute auf die Seite des Arbeiters und der sozialen Demokratie gehört. Als Mensch dieser Art empfinde ich tief das Falsche und Lebenswidrige einer Haltung, die auf die soziale, die politische und gesellschaftliche Sphäre hochmütig herablickt und sie als zweiten Ranges bezeichnet im Verhältnis zu der Welt der Innerlichkeit, der Metaphysik, des Religiösen usw. Das Humane umschließt beide Welten, die innere und die äußere, und das Politisch-Soziale ist eines seiner Bereiche. Wir werden uns den Willen zu seiner Vermenschlichung und Vergeistigung, seiner Durchdringung mit Form und Vernunft, mit Freiheit und Gerechtigkeit nicht verteidigen lassen durch den Vorwurf, eine solche Angelegenheit sei untergeordnet, sie sei bloßer Materialismus. Materialismus — ein kindisches Schreckwort und perfid obendrein! Materialismus kann viel geistiger, viel idealistischer und religiöser sein als die innerlichkeitsvollste Vornehmheit gegen das Materielle; denn er bedeutet ja gar nicht, wie der Kulturbürger will, das Versunkensein im Materiellen, sondern eben den Willen, es mit Menschlichem zu durchdringen. Sozialismus ist nichts anderes als der pflichtmäßige Entschluß, den Kopf nicht mehr vor den dringendsten Anforderungen der Materie, des gesellschaftlichen kollektiven Lebens in den Sand der himmlischen Dinge zu stecken, sondern sich auf die Seite derer zu schlagen, die der Erde einen Sinn geben wollen, einen Menschensinn.

In diesem Sinne bin ich Sozialist. Und ich bin Demokrat in dem einfachen und allgemeinen Sinn, daß ich an die Unvergänglichkeit von Ideen glaube, die mir mit der Idee des Menschen selbst, mit jedem Gefühl für die Tatsache Mensch unverbrüchlich verbunden scheinen — der Idee der Freiheit zum Beispiel, die man heute für überwunden erklären und historisch zum alten Eisen werfen möchte. Alle Tatsachen des Lebens und der Entwicklung, die wirtschaftlichen, technischen und geistigen, zeugen dafür, daß die Zukunft auf dem Wege liegt, den einzuschlagen die Völker längst gewillt sind, dem Wege in die soziale Welt der Einheit, der Freiheit und des Friedens.

Erfreuliches Ergebnis der letzten Lehrlings-Werbeaktion!

Zu verstärkter Lehrlingswerbung hatte der Verbandsvorstand im vorigen Herbst aufgerufen. Die bereits im Frühjahr ausgesetzten Werbepremien wurden für die Zeit vom 1. August 1932 bis zum 31. Januar 1933 erneut in Geltung gebracht. Günstig war, daß diese Werbung im Gesamtrahmen einer Jugendwerbekampagne des ADGB durchgeführt werden konnte. Der Erfolg? 500 Lehrlingsaufnahmen allein in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1932! Diese 500 Aufnahmen verteilen sich wie folgt auf 72 Filialen — und nur auf diese:

I. Bezirk: Berlin 13, Beuthen 7, Breslau 8, Danzig 3, Elbing 5, Frankfurt an der Oder 4, Glogau 1, Görlitz 1, Königsberg (Pr.) 16, Landsberg a. d. W. 2, Neißerode 1, Potsdam 1, Sorau 1, Stettin 2.

II. Bezirk: Darmstadt 3, Frankfurt a. M. 47, Gießen 10, Kassel 6, Koblenz 2, Mainz 21, Neuwied 1, Saarbrücken 1, Wiesbaden 3, Worms 1.

III. Bezirk: Emden 1, Göttingen 1, Hamburg 25, Hannover 6, Kleve 4, Neumünster 4, Oldenburg 1, Rostock 13, Schwerin 1.

IV. Bezirk: Bielefeld 5, Dortmund 16, Düsseldorf 5, Essen 3, Hamborn 2, Herford 2, Köln 4, Wuppertal-Barmen 16.

V. Bezirk: Altenburg 3, Bernburg 1, Chemnitz 2, Crimmitschau 1, Dessau 9, Dresden 6, Erfurt 4, Gera 7, Halle 6, Jena 4, Leipzig 20, Magdeburg 3, Reichenbach i. V. 1, Weimar 2, Zeitz 1, Zwickau 1.

VI. Bezirk: Heidelberg 1, Heilbronn 5, Kaiserslautern 3, Karlsruhe 26, Mannheim 23, Stuttgart 38, Ulm 15.

VII. Bezirk: Bamberg 3, Hof 2, Kulmbach 2, München 4, Nürnberg 4, Regensburg 2, Schweinfurt 1, Würzburg 31.

Anerkennenswert sind die Spitzenleistungen, die im Rahmen der Werbeaktion von den nachstehend aufgeführten Werbepremisträgern erreicht wurden. (Ihre Aufnahmen erstrecken sich über einen weiteren Zeitraum als die obigen Gesamtaufnahmen, nämlich über die Zeit vom 1. August 1932 bis zum 31. Januar 1933, entsprechend der Geltungsdauer des Preisausschreibens.)

In Beuthen gewann der Kollege Bacis 15 neue Lehrlingsmitglieder; in Bielefeld Kollege Völker 6; in Gießen Kollege Wagner 4 und Kollege Leukei 4; in Hamburg Kollege Bockelmann 9 und Kollege Riebessl 3; in Leipzig Kollege Graupner 8; in Mainz Kollege Bouschee 9 und Kollege Dickescheid 3; in Rostock Kollege Selk 19; in Stuttgart Kollege Saur 20, Kollege Oberst 9, Kollege Aucher 5, Kollege Brackle 5, Kollege Lendorf 5 und Kollege Vehma 4; in Würzburg Kollege Siebenbürger 21 und Kollege Schwab 8.

Sie wie auch die ungenannten Werber haben sich um den Verband, um die gemeinsame gute Sache der Kollegenschaft verdient gemacht!

Das notwendige Wohnungsbauprogramm

1 Million Haushaltungen in Untermiete — 1½ Millionen neue Haushaltungen bis 1940 — 2 Millionen Wohnungen Mindestbauprogramm

Die Bevölkerungsstatistik hat die Lege von dem gesättigten Wohnungsbedarf endgültig zerstört. Der für den Wohnungsneubedarf der nächsten dreißig Jahre in Betracht kommende Bevölkerungsteil ist bereits geboren, die genaue Ermittlung seines Wohnungsbedarfs ist deshalb heute möglich.

In Band 40 Teil II der Statistik des Deutschen Reichs wird der künftige Zuwachs an Haushaltungen bis 1940 mit 1 640 000 errechnet. Mit dem laufenden Wohnungsabbruchbedarf von 140 000 und mit 300 000 aufgeschobenen Gründungen eigener Haushalte ergibt sich, daß in den nächsten sieben Jahren über zwei Millionen Wohnungen gebaut werden müßten, um den status quo zu halten, das heißt dafür zu sorgen, daß der heutige Zustand mit einer Million Haushaltungen in Untermiete nicht noch schlimmerem Wohnungselend Platz macht. Die Räumung der Elendsquartiere in den Altstädten, der seit Kriegsausbruch

aufgestaute Abbruchbedarf,

die massenhafte Beanspruchung eigener Wohnungen der in Untermiete Wohnenden bei wiederkehrender Kaufkraft sind dabei völlig unberücksichtigt geblieben.

Die Gegner des Wohnungsbaues berufen sich gern auf das Sinken der Geburtenziffern in Deutschland und auf die Unvermietbarkeit von Neubauwohnungen, um zu beweisen, daß der Wohnungsbedarf gedeckt, der in den Wohnungsneubau jetzt noch hineingesteckte Kapitalaufwand vertan sei. Die Wahrheit ist aber, daß die Geburtenziffern noch immer über den Sterbeziffern liegen und vor 1945 von den Sterbeziffern nicht überholt werden dürften. Den geringen Geburtenziffern stehen nämlich infolge des abnormen Altersaufbaues in Deutschland und der tatsächlich verlängerten Lebensdauer der

einzelnen Individuen noch geringere Sterbeziffern gegenüber. Die Ueberschneidung der beiden Linien wird erst um das Jahr 1945 eintreten.

Die Nachfrage nach zusätzlichen Kleinwohnungen reißt bis zum Jahre 1966 nicht ab. Dann rückt die heutige ungewöhnlich stark besetzte erwachsene Generation in das Sterbealter ein. Die Vermietbarkeit der Wohnungen würde dann in der Tat schwierig werden, wenn nicht inzwischen neuer Wohnungsbedarf entstanden sein sollte. Bis dahin aber ergibt sich nach den Berechnungen der Bevölkerungsstatistiker ein

Zuwachs von 3 bis 3½ Millionen Haushaltungen,

für die mindestens die gleiche Zahl billiger und menschenwürdiger Wohnungen gebaut werden muß!

Ueber das Leerstehen von Wohnungen ist zu sagen, daß wir noch keine unvermietbaren billigen Kleinwohnungen gesehen haben. Die Verbesserung der Kaufkraft würde auch die mit größeren Aufwendungen gebauten Wohnungen vermietbar machen. Diese Kaufkraft kann geschaffen werden durch ein Wohnungsbauprogramm, das zunächst mit der Erstellung von rund zwei Millionen Wohnungen bis zum Jahre 1940 nur der Erhaltung der heutigen Wohnungsverhältnisse zu dienen hätte. Die Verbundenheit der Bauwirtschaft mit zahlreichen Verbrauchsgüterindustrien würde durch die sinnvolle Beschäftigung von Millionen Händen und Hirnen den Arbeitsmarkt, die Wohlfahrtskassen, die Kriminalgerichte und die Gefängnisse entlasten. Der Lebensmittelkonsum würde steigen. Der Bauer hätte zu leben. Arbeiter und Bauern: Sollte denen nicht geholfen werden?

Bevorstehende soziale Kämpfe

Die Bildung einer extremen Reichsregierung in Deutschland wird sich bald auch auf die wirtschaftlichen Kämpfe auswirken. So ist es sicherlich kein Zufall, daß an dem gleichen Tage, an dem die neue Reichsregierung ihr Amt antrat, der Lohntarif für den Ruhrbergbau gekündigt wurde. Recht bald werden auch die übrigen Unternehmer ihre

Forderungen auf wirtschaftlichem Gebiet anmelden, wie es z. B. schon für das gesamte Baugewerbe geschehen ist. Allzulange haben viele von ihnen diesen Umschwung herbeigesehnt. Sie waren an dem Sturz Schleichers aktiv beteiligt, weil sie auch die leiseste Konzession an die Gewerkschaften als überflüssig betrachteten. Vielleicht kommt der Angriff der Unternehmer auf die Löhne der Arbeiter infolge des Wahlkampfes nicht sofort voll zur Entfaltung. Wir dürfen uns aber keiner Täuschung darüber hingeben, daß die Unternehmer die günstige Chance, die ihnen die geeinte politische Reaktion bietet, ausnutzen werden. Die Regierung Hitler-Papen-Hugenberg wird jedenfalls bald zu beweisen haben, wie sie

zur sozialen Frage steht.

Der ärgste Reaktionär, Hugenberg, ist jetzt der Gebieter über die Tarifverteilung des Arbeitsministeriums. Hinter ihm stehen die reaktionärsten Scharfmacher des Unternehmertums. Es ist sicher, daß Hugenberg die ihm in die Hand gegebene Institution der Verbindlicherklärung nicht zugunsten der Arbeiter ausnutzen wird. Da er allein aber in der Reichsregierung nicht tonangebend ist, werden die Nationalsozialisten bald Farbe bekennen müssen. In den kommenden sozialen Kämpfen wird es nur ein Entweder-Oder geben. Lehnt die Regierung die Verbindlicherklärung von Schiedssprüchen ab, dann ist die Arbeiterschaft allein auf ihre gewerkschaftliche Kraft angewiesen. Ueberall dort, wo die Arbeiter den Ausbau ihrer gewerkschaftlichen Organisation vernachlässigten, werden die Unternehmer leichtes Spiel haben. Sie werden Lohn- und Arbeitsbedingungen diktieren, die den Arbeiter auf den Stand des Kulis herabdrücken. Auf politische Hilfe irgendwelcher Art ist nicht mehr zu hoffen.

Unsere Kollegen müssen daraus die allein richtigen Konsequenzen ziehen und für die restlose Organisation aller Kollegen sorgen. Nur dadurch kann weiteres Unheil verhindert werden.

Zweierlei Journalisten

In Nr. 7 des „Maler“ wurde schon auf die Knebelung der Presse durch die Notverordnung der Hitler-Regierung zum Schutze des deutschen Volkes hingewiesen. Wie zu erwarten war, hat der Reichsverband der deutschen Presse, eine Organisation, die die Redakteure fast aller Parteirichtungen von rechts und links umfaßt, in mehreren Eingaben an die Regierung und an den Reichspräsidenten gegen diese Verordnung Verwahrung eingelegt. Nur eine Gruppe von Journalisten hat sich abseits gestellt: die Reichsarbeitsgemeinschaft nationalsozialistischer Journalisten. Diese hat nach dem Vorgehen des Reichsverbandes an den nationalsozialistischen Reichsinnenminister folgende Entschließung gerichtet:

„Die Reichsarbeitsgemeinschaft nat.-soz. Journalisten begrüßt die „Verordnung zum Schutze des deutschen Volkes“, die es der Reichsregierung endlich ermöglicht, gegen das volkszerstörende und staatszersetzende Treiben einer verantwortungslosen antinationalen Presse einzuschreiten. Der Reichsverband der deutschen Presse, der die jahrelange Knebelung und Unterdrückung der nationalen Presse in Deutschland durch die marxistischen Regierungen des nunmehr endgültig abgelösten Systems ohne Widerstand willig hingenommen hat, weil in seinen Reihen die Vertreter dieser die nationale Ehre und Würde ständig besudelnden Hetzpresse maßgebenden Einfluß besitzen, spricht die Reichsarbeitsgemeinschaft nat.-soz. Journalisten heute das Recht ab, namens der deutschen Presse gegen die Verordnung des Herrn Reichspräsidenten zu protestieren. Die Reichsarbeitsgemeinschaft nationalsozialistischer Journalisten weiß sich einig mit der gesamten nationalen Presse Deutschlands, wenn sie heute die nationale Regierung der Zustimmung und uneingeschränkten Unterstützung

der deutschen Presse bei der Durchführung ihrer angekündigten Maßnahmen zur Wahrung ihrer Autorität und zur ungestörten Durchführung ihrer nationalen Aufbauarbeit versichert."

Man ist hier Zeuge des eigentümlichen Schauspiels, daß selbst eine Gruppe von Zeitungsschreibern die Knebelung der Presse gutheißt. Ein solches Vorgehen richtet sich von selbst.

Statistisches über das Reichsbanner

Aus Anlaß der Dritten Bundes-Generalversammlung des Reichsbanners, die vom 16. bis 19. Februar in Berlin stattfand, legte die Bundesleitung einen umfangreichen Geschäftsbericht vor, dem wir nachstehendes interessantes Tatsachenmaterial entnehmen: Das Reichsbanner beklagt bisher 65 Tote, die Opfer des politischen Kampfes wurden. Der Mitgliederbestand des Reichsbanners ist nicht nur während der letzten Jahre erhalten geblieben, sondern sogar noch um 7% angewachsen. Die Mitglieder des Reichsbanners sind in rund 6000 Ortsgruppen zusammengefaßt. Im Laufe des Jahres 1932 hat das Reichsbanner an etwa 130 000 (einhundertdreißigtausend) Versammlungen, Kundgebungen, Aufmärschen usw. als Veranstalter, befreundete Organisation oder Schutz teilgenommen. 25 000 Reichsbannerleute sind im Freiwilligen Arbeitsdienst tätig. Das Reichsbanner hat zur Zeit 41 geschlossene und 73 offene Lager des Freiwilligen Arbeitsdienstes mit 10 000 Arbeitenden unter eigener Leitung; 5500 Reichsbannerleute sind in Lagern befreundeter Organisationen (Gewerkschaften, Sportler, Sozialer Dienst usw.), weitere 10- bis 12 000 sind in Lagern der Heimatwerke und Gemeinden. Das Reichsbanner dürfte heute von allen Wehrorganisationen die stärkste im Freiwilligen Arbeitsdienst sein. Das Reichsbanner weist mit besonderem Stolz auf die geringe Zahl besoldeter Funktionäre hin, deren Zahl ein knappes halbes Hundert ist. Fast die ganze politische, organisatorische und technische Arbeit liegt in den Händen ehrenamtlich tätiger Kameraden. Achtunggebietend sind die Leistungen der Unterstützungskassen des Reichsbanners. Insgesamt wurden für Rechtsschutz, Unfallbeihilfen und Sterbegelder vom Januar 1929 bis zum Januar 1933 690 639 M. ausgezahlt. Die Leistungen haben sich von 1929 bis 1930 verneunfacht.

Die Einheitsfront

Seit Jahren manövriert die KPD. für die „Einheitsfront“ und auch gegen die „Einheitsfront“, und der Kehrreim lautete immer, daß dieselbe nur im Kampf hergestellt werden könne. Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, wo jedes Manöver zu Ende sein muß, wo es ans Bekennen geht. Auch das sollte verhältnismäßig einfach sein, wenn die notwendige Erkenntnis vorhanden ist. Eine einige deutsche Arbeiterschaft, also ohne die Abspaltung der KPD., hätte die Entwicklung, wie wir sie heute in dem Kabinett Hitler-Papen sehen, verhindern können. Eine einige deutsche Arbeiterschaft würde einen der ihrigen zum Reichspräsidenten gewählt haben, denn da es sich in der Entscheidung nur um die relative Mehrheit handelt, ist die Arbeiterschaft in der Lage, jeden andern Wahlkandidaten aus dem Felde zu schlagen. Damit allein wäre schon die Sicherheit gegeben, daß niemand zum Reichskanzler bestellt würde, der nach den Grundrechten und der Freiheit des deutschen Volkes greift. Diese Erkenntnis ist so einfach, daß nur Absicht und böser Wille sie zu übersehen vermag.

Unbestritten sind die Massen des kampferprobten Proletariats in den freien Gewerkschaften vereinigt. Sie werden deshalb der Kern des deutschen Volkes im Kampf um seine Freiheit sein, und nur mit den Gewerkschaften ist ein siegreicher Kampf mög-

lich. Um diesen Kern muß sich alles gruppieren, das in dem Kampf nicht zurück- oder abseits stehen und aufgegeben werden will. Nur mit den Gewerkschaften gibt es eine Einheitsfront, aber nicht gegen oder ohne sie. Das Reden von der Einheitsfront ist vorbei; der Gegner zwingt zum Handeln. Wer die Einheitsfront will, muß dort stehen, wo die Gewerkschaften sind.

In dieser Front steht die Sozialdemokratische Partei als politische Vorhut der Arbeiterklasse; diszipliniert und opferbereit sind dabei die geschlossenen Formationen des Reichsbanners; dazu kommen noch die großen Sport- und Kulturverbände der Arbeiterschaft. Hier ist die Einheitsfront der deutschen Arbeiterklasse, gerüstet und gewillt, den aufgezwungenen Kampf um Recht und Freiheit unter allen Umständen siegreich zu bestehen. Aus dieser Erkenntnis ist es nur ein kleiner Schritt zu dem Bekenntnis, sich in diese Front einzureihen zu gleicher Pflichterfüllung. Schlimm genug für den Zögernden, den „Manöverhelden“, dessen Bekenntnis erst vom Gegner erzwungen werden muß. Bei den Wahlen ist es Zeit zum Bekenntnis!

Wer für die Einheit der Arbeiterbewegung ist, wählt Sozialdemokraten!

Zum Artikel: Imitation ja oder nein?

In der Nr. 5 des „Maler“ bricht Kollege Fr. Kir, eine Lanze für die Holz- und Marmormalerei. Kollege K. begründet seine Ansicht besonders damit, daß er auf andere Berufe hinweist, in denen auch imitiert wird. Meines Erachtens muß man sich aber vor allem fragen, wie es denn überhaupt zur Imitation gekommen ist. Bekanntlich wurde im vorigen Jahrhundert bis zum Weltkrieg ungeheuer viel imitiert, besonders an den Wohnungsausstattungsgegenständen. Der tiefere Grund zum Imitieren war in der Regel der Wunsch der Minderbemittelten, in den wohlhabenden Bürgern gleichzutun. So fing man an, den aus Eisen hergestellten Kronleuchter zu bronzen, um aus ihm einen „goldenen“ zu machen. Statt eines vom Künstler geschaffenen edelgenen Bildes wurde ein billiger Ersatz an die Wand gehängt. Um eine Wanduhr mit Holzschnitzerei vorzutäuschen, wurden an dem Gehäuse Gipsverzierungen angebracht. „Kristallvasen“ bestanden aus einfachstem Preßglas, „Porzellanfiguren“ aus Steingut usw. Mit den Möbeln war es genau so. Aus teuren Hölzern hergestellte Sachen konnte sich der Arbeiter oder Kleinbürger nicht kaufen. Um nun aber eine ähnliche Wohnung zu haben wie der Reiche, kam man auf den Gedanken, teure Hölzer zu imitieren. Man tat dies also nicht aus Freude an der Technik und dem gemalten Holz bzw. Marmor, sondern des Prunkes wegen. Viele merkten wohl den Selbstbetrug überhaupt nicht. Wenn Kollege K. schreibt, daß die Jungen die Imitation ablehnen, so stimmt es. Aber darüber hinaus stehen jetzt auch viele ältere Maler der

Imitation ablehnend gegenüber. Und warum? Weil sie von dem Bluff früherer Zeiten genug haben. Sie wollen nicht mehr klettenhaft am Spießertum kleben, sondern ihre eigene Kultur schaffen. Mittel und Wege dazu gibt es genug.

Die Beispiele, die der Kollege K. anführt, lasse ich nicht gelten. Es sind solche aus der von uns verachteten „Kultur“ entnommen. Wir lehnen jeden Schmuck, wenn er eine Imitation ist, ab. Wenn wir aber Schmuck tragen, der nicht wertvoll in dem Sinne des Kollegen Kir. ist, dann tragen wir ihn aus Freude am Material und seiner Gestaltung und als Zeichen einer neuen Kultur. Das Pudern lackierter Anstriche ist keine Imitation, sondern eine gegenüber dem Seidenschliff erkennbare minderwertige Malerarbeit. Meiner Meinung nach hätten wir auch dann nicht mehr Arbeit, wenn Imitation wieder große Mode wäre, denn die Arbeitslosigkeit beruht doch vor allen Dingen darauf, daß kein Geld da ist. Ist aber genügend Geld vorhanden, werden so viel Qualitätsarbeiten ausgeführt, daß wir die Holz- und Marmormalerei nicht vermissen. Wir Jungen erkennen die Kunst, Holz gut zu imitieren, an; trotzdem lehnen wir diese Arbeiten in jeder Form ab. Wir fühlen uns berufen, dazu beizutragen, dem gesamten freiheitlich gesinnten Volke eine neue Wohnkultur zu schaffen. Mögen sich die ewig Gestrigen mit dem Imitieren abfinden. Wir haben keine Imitation nötig. Wir wollen Freiheit nicht nur im Staats-, sondern auch im Kulturleben. A. H.

AUS DEM VERBANDSLEBEN

Bielefeld. In der Generalversammlung der Filiale am 14. Februar 1933 machte der Vorsitzende, Kollege Derschum, zunächst einige Bemerkungen über die im Jahre 1932 erfolgten Lohnherabsetzungen, die leider trotz heftigster Gegenwehr durch unsern Verband nicht zu verhindern waren. Trotzdem wäre es irrig, anzunehmen, daß die Gewerkschaften zur Zeit den Mitgliedern keinen Rückhalt bieten könnten. Ohne sie würden die Lohn- und Arbeitsbedingungen noch um vieles schlechter sein. Die Gewerkschaften müßten sich jetzt auch auf politischem Gebiet betätigen. Nur durch die Schaffung der „Eisernen Front“ sei es möglich geworden, zu verhindern, daß die nationalsozialistische Welle alles mit sich fortriß. Leider würde die Position der Reaktionäre durch die Uneinigkeit innerhalb der Arbeiterschaft gestärkt. — 85% aller Kollegen waren im letzten Jahre arbeitslos. Es zeigte sich, daß durch den Lohnabbau kein Kollege mehr in Arbeit gebracht werden konnte. Durch Rechtsberatung und Wahrnehmung ihrer Rechte konnte 61 Kollegen geholfen werden, davon 54 mit vollem Erfolg. Bei den vielen Änderungen auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung, der Wohlfahrtspflege, Sozialleistungen usw. fanden sich viele Kollegen nicht mehr zu recht, so daß ihnen die Filialverwaltung

Aufruf!

Der Bundesvorstand des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold erläßt einen Aufruf an das deutsche Volk und die Kameraden des Reichsbanners, an dessen Schluß es heißt:

Die Wiederherstellung der Demokratie ist zur Lebensfrage für Deutschland geworden. Die selbstmörderische Zerstörung des Parlaments hat zur Entrechtung des Volkes geführt.

Kameraden, Deutschlands Freiheit darf nicht untergehen. Das freiheitliche Deutschland blickt auf euch. In euren Händen liegen Zukunft und Schicksal der Nation. Schließt eure Reihen, tretet an! Für die Demokratie, für die Verfassung, für Einheit, Recht und Freiheit!

Für ein Deutschland ohne Hunger — Für das Deutschland der Arbeit — Für das junge Deutschland der Zukunft!

mit Rat und Tat zur Seite stehen mußte. Das ist dann auch in zahlreichen Fällen geschehen, vor allem vor dem Arbeitsgericht, beim Arbeitsamt und Wohlfahrtsamt. Schon wegen dieser Tätigkeit lohne es sich, den Einfluß der Gewerkschaften zu stärken. — Insgesamt seien 12 Versammlungen und 15 Vorstandssitzungen abgehalten worden. Kollege Ermisch gab den Jahreskassenbericht. In diesem spiegelte sich die große Arbeitslosigkeit wider. So hatte die Filiale gegenüber dem Vorjahre eine Mindereinnahme von rund 700 M. Deshalb mußten auch die Ausgaben erheblich gekürzt werden. Unter Berücksichtigung der schlechten Zeit sind die Kassenverhältnisse der Filiale als gut zu bezeichnen.

Aus dem Bericht des Jugendleiters, Kollegen Völker, über die geleistete Jugendarbeit erkannte man eine erfreuliche Vorwärtsentwicklung. Erwähnenswert ist auch der von der Filiale eingerichtete Erwerbslosenkursus, über den schon im „Maler“ Nr. 5 berichtet wurde.

Nachdem eine Diskussion nicht gewünscht wurde, kam man sofort zur Neuwahl der Verwaltung. Dabei wurden der Vorsitzende, Kassierer und Schriftführer einstimmig wiedergewählt und zu dem bisherigen Beisitzer, Kollegen Bruder, Kollege Siebrasse hinzugewählt. Revisoren sind der Kollege Hüvel und der hinzugewählte Kollege Schuster. Jugendleiter blieb Kollege Völker.

Kollege Derschum bat alle Kollegen, sich in diesem Jahre reger als bisher am Verbandsleben zu beteiligen.

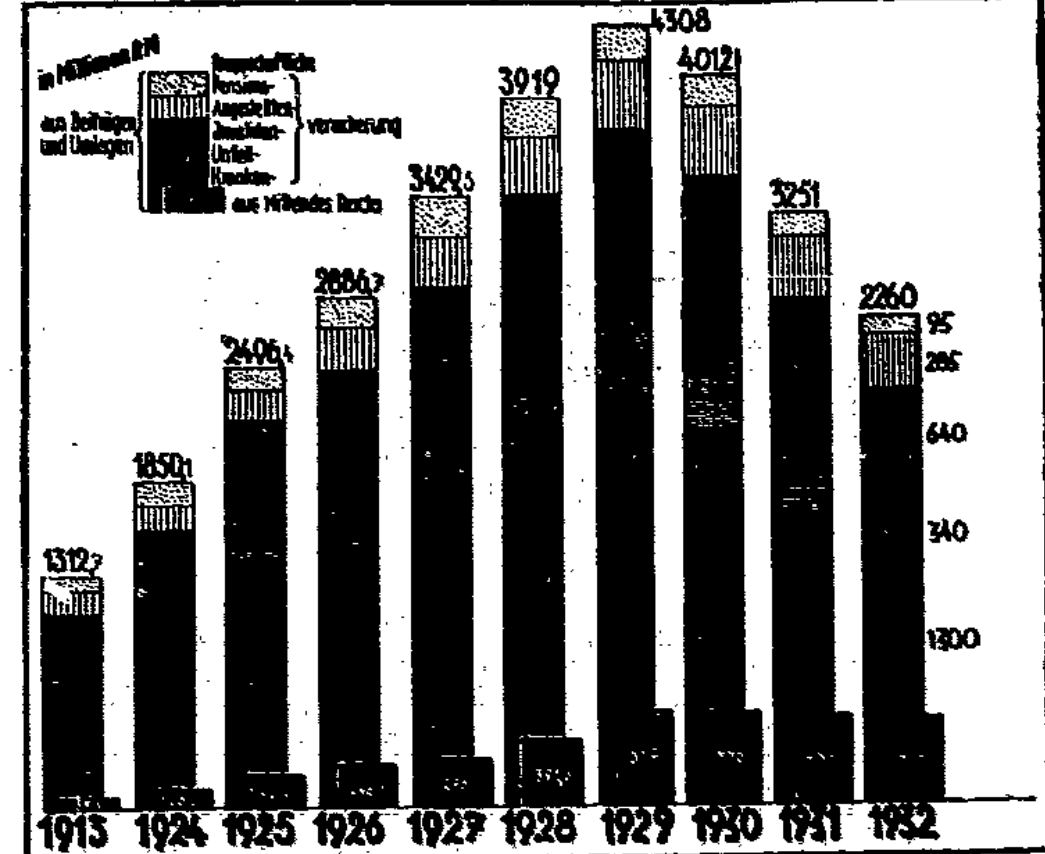
W. Derschum

Freiburg. Die Generalversammlung unserer Filiale wurde am Sonnabend, dem 11. Februar, in unserm Gewerkschaftshaus abgehalten. Der Vorsitzende, Kollege Schale, begrüßte neben den zahlreich anwesenden Kollegen auch den Bezirksleiter, Kollegen Auth.

Aus dem Jahresbericht des Kollegen Wäcker konnte man entnehmen, daß sich der Mitgliederbestand der Filiale im letzten Jahre gut gehalten hat. Dies ist um so bemerkenswerter, als fast alle Kollegen erwerbslos waren. Nach erfolgter Entlastung des Kollegen Wäcker referierte Kollege Auth. über unsere Aufgaben im Jahre 1933. Nach einem kurzen Rückblick auf die Geschichte unseres Verbandes würdigte er die Verdienste, die sich unsere Organisation um die wirtschaftliche und kulturelle Besserstellung der Kollegen erworben hat. Dem sei es vor allem zu danken, daß sich der Mitgliederstand unseres Verbandes auch in der Krisenzeit gut gehalten habe. Am Schlusse seiner vortrefflichen Ausführungen bat Kollege Auth. alle Kollegen, die politischen Auseinandersetzungen zu unterlassen und gewerkschaftliche Aufbauarbeit zu leisten. Die lebhafteste Diskussion brachte völlige Uebereinstimmung mit den Ausführungen des Kollegen Auth.

Die Neuwahl des Vorstandes hatte folgendes Resultat: 1. Vorsitzender Kol-

Der Aufwand aus den Sozialversicherungen



Sozialversicherung in der Wirtschaftskrise.

Durch das ungeheure Anwachsen der Arbeitslosigkeit gingen die Beitragseinnahmen der Sozialversicherungen teilweise bis auf die Hälfte zurück. Am stärksten waren die Ausfälle bei der Invalidenversicherung, wo bei gleichen Beitragsätzen im Jahre 1929 nahezu 1,1 Milliarden eingingen, 1932 nur noch 640 Millionen Mark. Das Schaubild zeigt deutlich, wie auch die Ausgaben gedrosselt wurden.

lege Schale, 2. Vorsitzender Kollege Zaich, Kassierer Kollege Steen, Schriftführer Kollege Rindfleisch, Revisoren die Kollegen Wäcker und Schween, Kartelldelegierte die Kollegen Fehrenbach und Rindfleisch, Jugendleiter Kollege Schale, stellvertretender Jugendleiter Kollege Herr.

Es wurde sodann eine Hausagitation für den folgenden Tag beschlossen. Diese hatte ein außerordentlich gutes Ergebnis. Insgesamt wurden 19 Neuaufnahmen gemacht, darunter 4 Lehrlinge. Es ist dies der beste Beweis dafür, daß durch gewerkschaftliche Kleinarbeit vieles zu erreichen ist. Darum ist auch die Mahnung immer wieder berechtigt: Werbt und kämpft für unsern Verband! Otto Schale

Hamborn. In der Generalversammlung unserer Filiale, die am 12. Februar d. J. abgehalten wurde, gab der Vorsitzende, Kollege Kunzmann, einen ausführlichen Bericht über die Tätigkeit des Vorstandes im verflossenen Jahre. Eine Anzahl Lohnklagen wurden mit Erfolg für die Kollegen geführt, so daß ganz beachtliche Summen dabei für sie gerettet werden konnten. Auch das Innungschiedsgericht für Lehrlingsstreitigkeiten wurde in mehreren Fällen angerufen. Die dort anhängig gemachten Kostgeldentschädigungsklagen wurden zugunsten der Lehrlinge entschieden. Wegen Arbeitszeitüberschreitungen wurden sechs Meister verklagt und vom Gericht zu Geldstrafen verurteilt.

Der Mitgliederstand der Filiale konnte trotz der großen Arbeitslosigkeit gehalten werden.

Darauf gab Kollege Barbolan den Kassenbericht. Danach wurden 175,40 M an Erwerbslosenunterstützung ausgezahlt, 22 M Sterbeunterstützung und 5 M Krankenunterstützung. Die Einnahmen deckten die Ausgaben. Nach Erläuterung der Quartalsabrechnung wurde dem Kassierer Entlastung erteilt.

Im Bericht über die Jugendabteilung schilderte Kollege Barbolan die verschiedenen für die Jugendlichen getroffenen Veranstaltungen, z. B. Wanderungen, Holz- und Marmorkursus, Filmvortrag und Versammlungen, in denen die verschiedensten Themen behandelt wurden. Der Besuch der Veranstaltungen hätte besser sein können. Die Aktivität innerhalb der Jungkollegen als auch bei den älteren Kollegen müsse größer werden.

In der lebhaften Debatte wurde dem Vorstand Anerkennung ausgesprochen. Das Vertrauen zur Leitung kam auch durch die einstimmige Wiederwahl des alten Vorstandes zum Ausdruck.

Anschließend gab Kollege Barbolan noch einen Bericht über den Funktionärkursus in Bernau. Kari Barbolan.

BUNTE NACHRICHTEN

Das Vaterunser der Nationalsozialisten

Wir erleben in Deutschland das widerliche Schauspiel, daß die konfuse Lehre des Nationalsozialismus manchmal als neue Religion hingestellt wird. Deshalb ist es nicht verwunderlich, daß die Nazis ein Hitler-Vaterunser aufgestellt haben, welches von der „Augsburger Post-Zeitung“ zitiert wird: Adolf Hitler, du bist unser Führer. Dein Name macht die Feinde zittern. Dein Drittes Reich komme. Dein Wille sei allein Gesetz auf Erden. Laß uns täglich deine Stimme hören und befehle uns durch deine Führer, denen wir gehorchen wollen unter Einsatz unseres eigenen Lebens. Das geloben wir. Heil Hitler!

Ob daraus bestimmte Kreise nun endlich die richtigen Konsequenzen ziehen?

„Seelische Lumpen“

Wenn die Naziführer in der Öffentlichkeit reden, dann versprechen sie allen Hilfsbedürftigen goldene Berge. Sobald sie aber unter sich sind, kommt ihre wahre Gesinnung zum Ausdruck.

Abrechnung der Hauptkasse vom 4. Quartal 1932

Einnahmen		A. der Filialen:	
Eintrittsgelder	104,—		
Beiträge für die Hauptkasse	142 649,70		
„ zu den Verwaltungs-			
„ kosten	2 646,15		
„ zu 5 %	2 033,70		
Extrabeiträge	761,—		
Sonstiges	129,58		
		B. der Hauptkasse:	
Zinsen	30 110,68		
„Der Maler“	46,—		
Sonstiges	31,25		
Durchgangsposten	3 374,39		
Mehrausgabe	55 702,01		
Summa	207 557,86		

Ausgaben		A. der Filialen:	
Reiseunterstützung	57,25		
Arbeitslosenunterstützung	45 662,82		
Krankenunterstützung	7 086,05		
Invalidenunterstützung	24 011,—		
Beihilfe in Sterbefällen	6 407,—		
Rechtsschutz	327,55		
Streikunterstützung	8 495,—		
Gemaßregeltenunterstützung	225,30		
Verwaltungskosten	20 400,59		
Soziale Beiträge	2 662,29		
Sonstige Ausgaben	6,16		
		B. der Hauptkasse:	
Der Maler	16 862,36		
Der Lackierer	1 757,22		
Maierjugend	2 030,75		
Agitation und Konferenzen	12 594,05		
Tariffbewegung	7 528,60		
Beitrag an den ADGB	2 238,60		
Flugblätter, Broschüren,			
Protokolle	232,45		
Drucksachen	3 420,70		
Statistik, Bibliothek	412,11		
Bildungswesen	4 803,29		
Jugendwerbearbeit	4 470,—		
Verwaltungskosten:			
persönliche	8 237,60		
sachliche	6 191,99		
Soziale Fürsorge	4 465,54		
Sonstige Ausgaben	38,—		
Durchgangsposten	4 633,59		
Bezirksleitungen	12 300,—		
Summa	207 557,86		

Hamburg, den 23. Februar 1933.	
Louis Ringel, Kassierer.	
Revidiert und für richtig befunden:	
Hans Batz, Gustav Bejeuhr, Bruno Krebs, Bruno Müller.	
Im „Völkischen Beobachter“ vom 3. August 1931 schrieb Professor Fritz Dehn: Die Arbeitslosenunterstützung macht arbeitslos. Man kann schon von einer Arbeitsflucht reden.	
Auf der Reichstagung des nationalsozialistischen Aertzbundes am 6. Dezember 1931 erklärte Dr. Schöningk-Rattendorf:	
Die Sozialversicherung schwächt und schädigt das Volk in seiner moralischen und seelischen Gesundheit und Widerstandskraft, züchtet körperlich Schwächlinge und seelische Lumpen.	
Diese Ausführungen, die sich noch vielfach vermehren lassen, entsprechen ganz den Anschauungen des brutalsten Untermertums. Sie sind aber gemacht worden von Leuten, die sich zu einer Partei zählen, in deren Namen die Worte „sozialistische“ und „Arbeiter“ vorkommen. Denkt daran bei den Wahlen!	

Hamburg, den 23. Februar 1933.

Louis Ringel, Kassierer.

Revidiert und für richtig befunden:

Hans Batz, Gustav Bejeuhr, Bruno Krebs, Bruno Müller.

Im „Völkischen Beobachter“ vom 3. August 1931 schrieb Professor Fritz Dehn: Die Arbeitslosenunterstützung macht arbeitslos. Man kann schon von einer Arbeitsflucht reden.

Auf der Reichstagung des nationalsozialistischen Aertzbundes am 6. Dezember 1931 erklärte Dr. Schöningk-Rattendorf:

Die Sozialversicherung schwächt und schädigt das Volk in seiner moralischen und seelischen Gesundheit und Widerstandskraft, züchtet körperlich Schwächlinge und seelische Lumpen.

Diese Ausführungen, die sich noch vielfach vermehren lassen, entsprechen ganz den Anschauungen des brutalsten Untermertums. Sie sind aber gemacht worden von Leuten, die sich zu einer Partei zählen, in deren Namen die Worte „sozialistische“ und „Arbeiter“ vorkommen. Denkt daran bei den Wahlen!

Grauert, Leiter der preußischen Polizeidirektion

In den Wirtschaftskämpfen Westdeutschlands der letzten Jahre spielte der frühere Staatsanwalt Grauert als Geschäftsführer des Arbeitgeberverbandes Nord-West eine große Rolle. Diese allgemein bekannte Unternehmerorganisation, die an Rücksichtslosigkeit und Kampfmuth gegen die Arbeiter allen andern voraus ist, hatte in der Heranziehung dieses Mannes einen guten Griff getan. Wie selten ein Anwalt hat er die Interessen des Untermertums vertreten. Die scharfen Kämpfe im Jahre 1928 und danach in der rheinisch-westfälischen Eisenindustrie wurden von ihm geleitet. Nun ist dieser Mann

von dem nationalsozialistischen Innenminister zum Leiter der Polizeidirektion in Preußen gemacht worden. Die enge Verbundenheit der neuen Staatsführung mit der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie wird dadurch wieder kraft dokumentiert.

POLITIK DER WOCHE

Als Lügen entlarvt

Otto Braun und Severing haben gegen die Verfasser und Verbreiter des nationalsozialistischen Plakates „Zwei Millionen werden gestohlen“ in Königsberg, Frankfurt a. M. und andern Orten eine einstweilige Verfügung erwirkt, wonach bei Vermeidung einer Geldstrafe in unbeschränkter Höhe oder Haftstrafe bis zu sechs Monaten untersagt wird, die Behauptung zu verbreiten,

1. daß die Antragsteller zwei Millionen aus dem Staatssäckel gestohlen haben,
2. daß die Antragsteller mit zwei Millionen, die sie dem notleidenden Volk der Arbeiter, Bauern und Bürger abgepreßt haben, die Freiheitsbewegung Adolf Hitlers bekämpfen,
3. daß die Antragsteller rote Landesverräter seien,
4. daß die Antragsteller Gelder des Volkes veruntreut hätten,
5. daß sie amtliche Protokolle besetzt hätten,
6. daß sie rote Parasiten seien.

Das Plakat ist unverzüglich von den Plakatsäulen zu entfernen.

Da die Gegner nach dem Wahlspruch arbeiten: „Der Zweck heiligt die Mittel“ ist leider nicht anzunehmen, daß die Verleumdungen nun verstummen werden.

Rückschritt auf der ganzen Linie

Die Preußenkommissare haben beschlossen, ab Ostern 1933 einen Abbau der sogenannten weltlichen Schulen in die Wege zu leiten. Sie haben außerdem grundsätzlich ihr Einverständnis dazu erklärt, daß der Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach in den Berufs- und Fortbildungsschulen eingeführt wird. Die näheren Durchführungsbestimmungen sind in Vorbereitung.

Die Reaktion zeigt immer mehr ihr wahres Gesicht.

Zeitungsverbote ohne Ende

Die Zahl der Zeitungsverbote steigt täglich. Natürlich wird davon nur die oppositionelle Presse betroffen. Wie skrupellos dabei vorgegangen wird, ergibt sich aus der Tatsache, daß auch das zweite Verbot des „Vorwärts“, das vom 15. bis 22. Februar befristet war, aufgehoben werden mußte.

Auch die Gewerkschaftspresse spürt den neuen Kurs. „Der Proletarier“, das Organ des Deutschen Fabrikarbeiter-Verbandes, wurde, nachdem eine Nummer beschlagnahmt war, kurz darauf 3 Wochen verboten. Diesem Verbot folgte jenes für „Die Gewerkschaft“, das Organ des Gesamtverbandes, bis zum 26. März. Nun ist auch der „Grundstein“, Organ des Deutschen Baugewerksbundes, und zwar gleich für 2 Monate, bis zum 1. Mai 1933, verboten worden. Wann kommt die nächste Gewerkschaftszeitung dran?

FACHTECHNISCHES

Patentschau, zusammengestellt vom Patentbüro Johannes Koch, Berlin NO 18, Große Frankfurter Straße 59. Auskünfte bereitwilligst.

Angemeldete Patente

Kl. 22 g. M. 117 760. Verfahren zur Herstellung von porenfüllenden Grundiermitteln. Dr. Egon Meier, Halle a. d. S.-Nietleben.

Kl. 22 h. P. 62 634. Verfahren zur Herstellung von Firnissen und Lacken aus Kautschuk. Hermann Plauson, Darmstadt.

Erliebte Patente

Kl. 22 h. 572 282. Verfahren zur Herstellung von Lacken und Anstrichmitteln.

Firma Paul Beckler, Stuttgart, Kronenstraße 50.

Kl. 75 c. 571 878. Rührvorrichtung für Lacke und ähnliche Stoffe. Hans Kotthoff, Köln-Marienburg, Bayenthalgürtel 29.

Gebrauchsmuster

Kl. 75 c. 1 251 994. Farbrührer mit flügelartigen Rührfedern. Theodor Hübler, Ketten b. Reichenberg, Tschechoslowakische Republik.

Kl. 75 c. 1 252 012. Trockenständer für lackierte Türen und dgl. Gottlieb Bäuerle, Stuttgart, Kasernenstr. 51.

Kl. 75 c. 1 250 894. Anker-Tauch-Lackierapparat mit Abtropfvorrichtung. Gustav E. Kuhnle, Köln, Hansaring 83.

BÜCHER · SCHRIFTEN

„Vorwärts trotz alledem, Arbeit und Aufstieg der deutschen Kinderfreunde Bewegung“, 56 Seiten, Preis 40 Pf.

Der erste Teil der Broschüre bringt eine Auseinandersetzung mit den reaktionären Bestrebungen. Im zweiten Teil wird die Entwicklung und der Stand der Kinderfreunde Bewegung geschildert. Der dritte Teil gibt eine Uebersicht über die Ferienveranstaltungen im Jahre 1932. Auf knappem Raum wird von einer Anzahl Führer der Kinderfreunde Bewegung der Öffentlichkeit in dieser Broschüre wertvolles und aufschlußreiches Material übergeben.

Zeitschrift „Bauen, Siedeln, Wohnen“, herausgegeben von der Verlagsgesellschaft des ADGB. Organisationspreis vierteljährlich 2 M., für das Einzelheft 80 Pf.

In der Nummer 4 vom 15. Februar 1933 wird eine sofortige verstärkte Bautätigkeit gefordert, um dadurch die Arbeitslosigkeit zu vermindern, die Wirtschaft in Gang zu setzen und das deutsche Volk vor weiterer schwerer Schädigung zu bewahren. Es sei eine sittliche Pflicht, für die zunehmende Bevölkerung Wohnungen zu bauen und für die im tiefsten Elend lebenden Erwerbslosen Arbeit und damit wieder Lebensfreude zu schaffen. Die Verfasser der Artikel in der Zeitschrift stützen ihre Ausführungen auf eine von Regierungsrat Dr. Karl Wagner vom Statistischen Reichsamt verfaßte Schrift: „Dürfen wir noch bauen?“ In dieser wird die unbedingte Notwendigkeit zum Wohnungsbau überzeugend nachgewiesen.

Die Frau gehört ins Haus! Berlin 1933. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes m. b. H., Berlin SW 19. 32 Seiten. Organisationspreis 10 Pf.

Unter diesem Titel hat das Frauensekretariat des ADGB eine kleine Broschüre herausgebracht, die den weiblichen Arbeitnehmern Zweck und Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation darstellt.

Das Februarheft der „Neuen Blätter für den Sozialismus“, Verlag Alfred Protte, Potsdam.

Ist das Ende der deutschen Freiheit gekommen? Diese Frage wird im Leitartikel „Der Marsch durchs Brandenburger Tor“ erörtert. Das Heft bringt weiter eine Auseinandersetzung mit zentralen Gegenwartsfragen: eine kritische Stellungnahme zum „Jungen Nationalismus“ der Jungkonservativen, des Tatkreises und der Schwarzen Front (Fritz Borinski), eine Debatte über den Bolschewismus an Hand des neuen Buches von Alfred Rosenberg (Georg Schwarz), eine Betrachtung der Möglichkeiten gewerkschaftlicher Einheitsfront aller Richtungen auf Grund des Buches von Karl Rothe (Franz Hering). Dieser Beitrag: „Die Gewerkschaftsfront“, prüft die programmatischen und praktischen Uebereinstimmungen in der Arbeit und in der Zielsetzung wie auch die Unterschiede der einzelnen Gewerkschaftsrichtungen und zieht daraus eine Reihe politischer Schlussfolgerungen. Das Februarheft enthält u. a. weiter eine Arbeit über die verschiedenen Begriffe des Staatskapitalismus.

Vom 26. Februar bis 4. März ist die 9. Beitragswoche.

Vom 5. März bis 11. März ist die 10. Beitragswoche.

S T E R B E T A F E L

Chemnitz. Am 5. Februar 33 starb unser Mitglied **Gustav Steude** im Alter von 59 Jahren.

Danzig. Am 9. Februar uerstarrte plötzlich unser Kollege **Karl Krebs** im Alter von 64 Jahren an Gehirnschlag.

Essen. Unser langjähriges treues Mitglied **Gotthard Falk** starb am 5. Februar im Alter von 48 Jahren an Gehirnhautentzündung.

Mainz. Nach längerer Krankheit starb am 21. Februar 1933 im Alter von 71 Jahren unser alter und treuer Kollege, der Invalide **Georg Schott**, Finthen. Koll. Schott war Mitbegründer unserer Filiale; er hat dem Verband 37 Jahre ununterbrochen die Treue gehalten.

Ehre ihrem Andenken!